

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Freitag, 17. Dezember 1971

Blatt 3727



Stadtwerke investieren fast zwei Milliarden
=====

8. Tag der Budgetdebatte

Wien, 17.12. (RK) Verwaltungsgruppe XIV, Städtische Unternehmungen.

Referent: Stadtrat Franz Nekula (SPÖ).

Erträge: 5.496,100.000 Schilling, Aufwendungen: 5.665,300.000 Schilling.

Die rasante technische Entwicklung, verbunden mit einem tiefgreifenden Veränderungsprozeß auf sozialpolitischem Gebiet, hat Änderungen unserer Gesellschaftsstruktur eingeleitet, deren Auswirkungen und Ende heute noch nicht abzusehen sind. Eine Folge dieser Veränderungen ist die ständig steigende Nachfrage nach Energie. Darüber hinaus erfordert die Stadtentwicklung einen ständigen Ausbau der Infrastruktur. In der Konsequenz dieses Entwicklungsprozesses müssen immer umfangreichere Investitionen durchgeführt werden, für die enorme finanzielle Mittel notwendig sind.

Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für 1972 ist ein Spiegelbild dieser Entwicklung. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1971 steigen die Aufwendungen um 10,6 Prozent, während die Erträge nur um 7,1 Prozent steigen. Daraus ergibt sich ein Verlust von 169 Millionen. Nur durch die 1970 beschlossene Übernahme der Pensionslast der Stadtwerke durch die Hoheitsverwaltung, die für 1972 mit 555,6 Millionen Schilling veranschlagt wird, konnte der Verlust in dieser Größenordnung gehalten werden.

./.

Um eine klaglose und der steigenden Nachfrage entsprechende Strom- und Gasbelieferung gewährleisten und den an die Verkehrsbetriebe gestellten Anforderungen entsprechen zu können, sind für 1972 Investitionen im Ausmaß von 1.869 Millionen Schilling geplant. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1971 bedeutet dies eine Steigerung um 517 Millionen oder 38 Prozent. Die Mittel zur Deckung dieser Investitionen stehen derzeit allerdings nicht voll zur Verfügung, so daß 748 Millionen oder 40 Prozent vorläufig gesperrt werden mußten. Im Hinblick auf die Versorgungsaufgaben der Stadtwerke darf jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Anstrengungen unternommen und Maßnahmen gesetzt werden müssen, um diese Sperren abzubauen und den Werken jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen benötigen. (Der Wirtschaftsplan wurde auf der Basis der derzeitigen Tarife erstellt, da noch kein Beschluß über eine Änderung vorliegt.)

Elektrizitätswerke: Der Stromverkauf 1972 wird auf 3.934 Gigawattstunden (das sind 3,9 Milliarden Kilowattstunden) geschätzt, um 8,1 Prozent mehr als 1971. Angesichts der Verdopplung des Strombedarfs in weniger als zehn Jahren sind außerordentlich hohe Investitionen notwendig. In den kommenden zehn Jahren sind dafür - errechnet auf Preisbasis 1971 - rund 15 Milliarden Schilling nötig. Die Gewinne des E-Werkes reichen auf keinen Fall aus, diese Mittel aufzubringen. Die von der Verbundgesellschaft und den neun Landeselektrizitätsgesellschaften eingebrachten Tarifanträge wurden unter Ansetzung eines Limits genehmigt. Auf Grund dieser Genehmigung wird nun eine Berechnung für eine Tarifregulierung durchgeführt.

Allein für das neue Kraftwerk Donaustadt, dessen erster 150-MW-Block zur Sicherung der Wiener Versorgung 1973 den Betrieb aufnehmen muß, werden im kommenden Jahr 528 Millionen Schilling benötigt. Die heuer über zehn Monate dauernde Trockenperiode und der damit verbundene Wassermangel hat die Richtigkeit der Entscheidung bestätigt, innerhalb des Stadtgebietes ein zweites kalorisches Kraftwerk zu bauen. Infolge der extrem niedrigen Wasserführung sind die Wasserkraftwerke nicht in der Lage, ihr normales Stromangebot zur Verfügung zu stellen. Die kalorischen Werke Österreichs, von denen das Werk Simmering mit 510 MW das größte ist, müssen daher das entstandene Strommanko ausgleichen.

Dabei gibt es noch eine Sorge. Das Kraftwerk Simmering bezieht sein Kühlwasser aus der Donau. Bei Ausfall des Kühlwassers würde auch die Stromerzeugung ausfallen. In den letzten Wochen drohte dieser Ausfall mehrmals, weil bisher unbekannte Täter Schlachtrückstände (Därme und Mägen) in so großer Menge in den Kanal geworfen haben, daß beide Kühlwasserstraßen verlegt wurden. Nur durch den Einsatz von Tauchern konnte die Kühlwasserversorgung wiederhergestellt und ein Ausfall der Stromerzeugung verhindert werden. In einem anderen Fall hat eine inzwischen ermittelte Firma so viel Altöl in den Donaukanal abgelassen, daß ebenfalls akute Gefahr bestand. Deshalb wurde der Polizeipräsident um eine verschärfte Überwachung gebeten.

Gaswerke: Für 1972 wird erwartet, daß erstmals mehr als eine Milliarde Kubikmeter Gas verbraucht wird. Bei der am 7. September 1970 begonnenen Umstellung auf Erdgas konnte nach der Überwindung von Anfangsschwierigkeiten die wöchentliche Umstellrate auf nunmehr 1.200 Haushalte mit rund 2.400 Geräten erhöht werden. Die Gaswerke tragen bekanntlich die Umstell- oder Umbaukosten für Herde und Kochstellen oder leisten bei deren Neuanschaffung eine Unterstützung; dafür sind 38 Millionen Schilling vorgesehen.

Verkehrsbetriebe: Die erwartete Beförderungsleistung von 446 Millionen Fahrgästen beruht auf zwei Annahmen. Erstens ist der Frequenzrückgang offenbar zum Stillstand gekommen, zweitens wirkt sich die vom Nationalrat beschlossene Schülerfreifahrt frequenzsteigernd aus. Der Durchschnittserlös pro Fahrgast wird mit nur mehr 239 Groschen angenommen. Andererseits erhöht die Schülerfreifahrt gerade während der Verkehrsspitze den Bedarf an Straßenbahnzügen, Autobussen und Personal.

Die Verkehrsbetriebe rechnen 1972 - noch ohne Berücksichtigung einer Tarifänderung - mit Aufwendungen von 1.883 Millionen und Erträgen von 1.262 Millionen Schilling. Der daraus entstehende Verlust wird durch einen Zuschuß, den die E-Werke innerhalb des Stadtwerkeverbandes leisten, auf 441 Millionen Schilling gesenkt.

Der Wunsch der Öffentlichkeit nach einem besseren Verkehrsangebot und größerer Attraktivität der Massenverkehrsmittel ist berechtigt. Daraus ergibt sich jedoch die Konsequenz, daß dem Unternehmen die finanziellen Mittel gesichert werden müssen, die zur Erfüllung dieser Wünsche nötig sind. Von den 431 Millionen Schilling, die 1972 für Investitionen unbedingt nötig

sind, mußten mangels Bedeckung 268 Millionen vorläufig gesperrt werden. Das bedeutet nicht nur eine entscheidende Gefährdung der Betriebsführung, sondern ist auch ein ernstes Problem für große Teile der Wiener Wirtschaft und ihrer Arbeiter und Angestellten. Zur Sicherung der unbedingt erforderlichen Mittel wird noch heute dem Gemeinderat der Antrag auf eine Tarif-erhöhung vorgelegt werden.

Bestattung: 1972 sind Investitionen von 7,7 Millionen und ein Gewinn von 2,1 Millionen vorgesehen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

bruno enderes zum gedenken

4 wien, 17.12. (rk) auf den 19. dezember faellt der 100. geburtstag von bruno e n d e r e s , der 1871 geboren wurde.

er war ingenieur, trat 1897 in den staatsdienst ein und wirkte 1906 bis 1908 als bauleiter der elektrischen eisenbahn zwischen trient und male, 1908 bis 1917 als generaldirektor der aussig-teplitzer-eisenbahn, dann als leitender sektionschef im eisenbahnministerium und zuletzt im staatsamt beziehungsweise bundesministerium fuer verkehrswesen. 1923 trat er in den ruhestand. er gehoerte dann noch mehrere jahre der verwaltungskommission des neugeschaffenen unternehmens 'oesterreichische bundesbahnen' sowie als vertreter oesterreichs der mit der aufteilung des staatlichen eisenbahn-fahrparks der ehemaligen oesterreichisch-ungarischen monarchie befassten repartitionskommission an. 1925/1926 war er auch praesident des oesterreichischen ingenieur- und architektenvereines. enderes war ein hervorragender fachmann des eisenbahnbaues und kenner der geschichte des eisenbahnwesens, die er ebenso wie alle fragen der verkehrs- und wirtschaftspolitik in seinen schriften stilistisch hervorragend darstellte. vor allem zu nennen sind: 'die holz- und eisenbahn' budweis-linz... (1926), 'die semmeringbahn - zum 75. jahrestag ihrer eroeffnung' (1929), 'ghega und sein werk - wahrheit und dichtung' (1929), 'das oesterreichische verkehrswesen' (1932), enderes publizierte auch in verschiedenen wiener tageszeitungen.

bruno enderes ist am 17. oktober 1934 gestorben.

0933

weihnachtsbaumaktion fuer beduerftige familien

3 wien, 17.12. (rk) in zusammenarbeit mit der oesterreichischen gesellschaft ''rettet das kind'', landesverband wien, wird das jugendamt der stadt wien auch heuer wieder eine weihnachtsbaumaktion fuer beduerftige wiener familien durchfuehren. insgesamt wurden 50 familien mit 212 kindern von den bezirksjugendaemtern dafuer vorgeschlagen, die einen weihnachtsbaum mit kerzen und schokolade-behang erhalten werden.

0919

geehrte redaktion !

2 wir erinnern daran, dass montag die pressefuehrung durch die ausstellung des historischen museums ''wiener theater 1660 - 1900'' mit vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r stattfindet.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 20. dezember, 10.30 uhr.

ort: historisches museum der stadt wien, 4, karlsplatz.

0918

bezirksvertretungssitzung in der kommenden woche

13 wien, 17.12. (rk) in der kommenden woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

dienstag, 21. dezember, 15 uhr, floridsdorf, 21, am spitz 1/201.

1209

Die Sendung des Wiener Bürgermeisters
=====

Wien, 17.12. (RK) Morgen Samstag spricht Bürgermeister Felix Slavik um 13.20 Uhr in Österreich-Regional in der Sendung des Wiener Bürgermeisters über die Leistungen der Stadt Wien und der städtischen Bediensteten in diesem Jahr sowie über die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Massenmedien.

- - -

Weitere 42 Hektar für Quellschutzgebiet
=====

Wien, 17.12. (RK) Weitere 42 Hektar für das Quellschutzgebiet der Ersten Wiener Hochquellenwasserleitung wird die Stadt Wien im Bereich des Forstreviers Stixenstein erwerben. Der Waldbesitz liegt nördlich des 826 Meter hohen Asandberges, der ebenfalls im Gemeindebesitz ist. Der Liegenschaftsausschuß des Wiener Gemeinderates beschloß nun den Ankauf des neuen Areals.

- - -

Geehrte Redaktion!
=====

Wir erinnern daran, daß am Montag eine
Pressekonferenz
stattfindet, bei der Planungsstadtrat Ing. Fritz Hofmann und Prof. Dr. Roland Rainer das Ergebnis des Wettbewerbes für die Gestaltung des Karlsplatzes bekanntgeben werden.

Bitte merken Sie vor:

Zeit: Montag, 20. Dezember, 11.30 Uhr

Ort: Künstlerhaus am Karlsplatz, 1. Stock.

- - -

Neues Straßenbauvorhaben in Simmering
=====

Wien, 17.12. (RK) Für den Ausbau eines neuen Straßenzuges, der parallel zur Dreherstraße in Simmering verlaufen soll, beschloß der Liegenschaftsausschuß des Wiener Gemeinderates nun den Ankauf einer entsprechenden Fläche in Kaiser Ebersdorf.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Stadtwerke-Debatte

Wien, 17.12. (RK) GR. Müller (DFP) regte in seinem Debattenbeitrag unter anderem an, im Interesse eines flüssigen Individualverkehrs mehr Straßenbahnlinien auf den Autobusverkehr umzustellen. In diesem Zusammenhang übte er auch Kritik an der Verkürzung verschiedener Linien.

Ebenso kritisierte er das projektierte Umspannwerk auf der Schmelz: Damit ginge eine wertvolle Grünfläche inmitten dicht verbauten Gebietes verloren. Als groben Verstoß gegen den Naturschutz bezeichnete er auch die geplante Errichtung des Dampfkraftwerkes Donaustadt.

Die bevorstehende Strompreisregulierung, meinte der Redner, sei eine Folge des Fehlens einer vorausschauenden Planung.

Die Erdgasumstellung sollte forcierter vorangetrieben werden.

Seine Fraktion werde dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, es wäre sinnlos über den vorgelegten Wirtschaftsplan der Stadtwerke zu diskutieren, weil das gesamte Zahlenmaterial und die Schlußfolgerungen heute abend nach erfolgter Tarifierhöhung nicht mehr stimmen werden. Diese Pläne wurden auf Grund der geltenden Tarife erstellt, die neuen Fahrscheine habe man hingegen bereits zu einem Zeitpunkt drucken lassen, als kein Genehmigungsbeschluß gefaßt war.

Der Redner nimmt gegen die geplante Tarifierhöhung Stellung, da sie seiner Ansicht nach zu einem weiteren Rückgang der Frequenz führe und damit zwar zu einer Belastung für die Bevölkerung werde, jedoch keine Verbesserung der Finanzlage der Verkehrsbetriebe bringen wird. Jede Erhöhung der Vergangenheit habe das immer bewiesen. Die Verkehrsprobleme der großen Städte können nur dann bewältigt werden, wenn es gelingt, den Individualverkehr zugunsten des Massenverkehrs einzudämmen. Während bei den Verkehrsbetrieben als Grund für die Erhöhung der

Frequenzrückgang genannt wird, wird bei den E-Werken argumentiert, daß durch den sprunghaft gestiegenen Stromverbrauch größeren Investitionen und daher höhere Einnahmen notwendig würden. Eine Straßenbahn könnte in der heutigen Zeit nicht mehr kostendeckend geführt werden, vielleicht wäre dies bei einem Massenverkehrsmittel wie U-Bahn oder S-Bahn bei entsprechend großem Netz möglich. Leider haben wir hier aber viel zu spät mit dem Bau begonnen. Es gäbe jedoch eine Reihe von Rationalisierung- und Einsparungsmöglichkeiten, die das Defizit um dutzende Millionen verringern könnten. Dazu gehöre die Verwendung von schaffnerlosen Beiwagen, auf minderfrequentierten Strecken sogar von schaffnerlosen Triebwagen, ein vernünftiger Personaleinsatz bei den Werkstätten, eine Reorganisation der Verwaltungsstellen usw.

Seine Fraktion werde dem Wirtschaftsplan und der Tarifierhöhung nicht zustimmen.

GR. Kowarsch (ÖVP) urgierte detaillierte Unterlagen über das Budget der Stadtwerke und brachte einen entsprechenden Antrag ein. Danach wird die Vorlage von Vermögens- und Erfolgsrechnungen der Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung sowie für die einzelnen Teilbetriebe und ein Jahresbericht gefordert. Für diese Unterlagen wird eine so weitgehende Untergliederung verlangt, daß eine wirtschaftliche Beurteilung der Stadtwerke und ihrer Teilunternehmungen möglich ist.

Der Redner forderte dann eine echte Sanierung der Stadtwerke und übte Kritik an der "verzerrenden Darstellung" des Wirtschaftsberichtes: Danach könne man glauben, es seien alle Unternehmungen der Stadtwerke sanierungsbedürftig. In Wirklichkeit: seien jedoch drei der vier Unternehmungen "kerngesund".

Folgende Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Bei den Verkehrsbetrieben erarbeite ein Beschäftigter den Betrag von 101.266 Schilling, bei der Bestattung 470.661 Schilling, bei den Gaswerken 583.272 Schilling, bei den E-Werken 639.015 Schilling. Das ergebe einen Durchschnitt von 321.821 Schilling für die Stadtwerke insgesamt.

GR. Haag (ÖVP) begrüßte den gemeinsamen Kundendienst der E-Werke mit den Gaswerken als eine ausgezeichnete Einrichtung. Kritik übte er daran, daß in Wohnungen, die vor zwei Jahren bezogen wurden, die Gasgeräte teilweise bei der Erdgasumstellung bereits umgebaut werden mußten. Hier sei offenbar mehr Koordination zwischen den Gaswerken und der Wohnhäuserverwaltung nötig. Die Verwaltung der Heizbetriebe wieder sei offensichtlich unfähig gewesen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das werde wohl hoffentlich in der Ära der Betreuung durch die Geschäftsgruppe XIV besser werden.

Zu den Verkehrsbetrieben sprach Haag die Vermutung aus, der vielzitierte Personalmangel sei möglicherweise in Wirklichkeit in einer mangelhaften Diensterteilung zu sehen. In diesem Zusammenhang ersuchte der Redner um Aufklärung, warum die Zahl der Schaffnerinnen, die sich zu Straßenbahnfahrern ausbilden lassen, denn noch immer so gering sei.

Haag beschäftigte sich abschließend mit Verkehrsproblemen der City und der Stadtrandgebiete. Es sei merkwürdig: Menschen seien bereits bis zum Mond geflogen, aber noch immer sei es den Technikern nicht gelungen, ein abgasfreies Personenbeförderungsmittel für den Innenstadtverkehr bis zur Serienreife zu entwickeln.

Hinsichtlich der Stadtrandgebiete würdigte Haag besonders die wesentliche Verbesserung der Verkehrssituation im 22. Bezirk. Die Schaffung optimaler Umsteigemöglichkeiten verkürze für die Bewohner dieses Bezirkes beträchtlich den Weg vom und zum Arbeitsplatz. Zu wünschen bleibe nur, daß hinsichtlich der Stadtrandgebiete bald der Einheitstarif mit den entsprechenden Linien der Österreichischen Bundesbahnen - also etwa Ostbahn und Franz Josefs-Bahn - zustandekomme.

GR. Seeböck (SPÖ) unterstrich zunächst die Bedeutung des Wirtschaftsplanes für die Wiener Wirtschaft, wobei er die Wiener Stadtwerke - bekanntlich das fünfgrößte Unternehmen Österreichs - als einen Wirtschaftsmotor und wesentlichen Faktor innerhalb der Wirtschaft bezeichnete. Die Energieversorgung werde heute als viel zu selbstverständlich genommen

und in ihrer Bedeutung nur leider allzu oft unterschätzt. In diesem Zusammenhang wandte sich der Redner scharf gegen verschiedene Manipulationen in den Massenmedien, die nur zu einer Beunruhigung der Bevölkerung führen. Man habe nichts gegen Kritik, doch müsse sie stets sachlich bleiben.

Zu den E-Werken: Allein 15 Milliarden werden in den nächsten zehn Jahren für den Investitionsbedarf notwendig sein. Eine besondere Belastung werde hier im Verhältnis zu anderen Landes-
elektrizitätsgesellschaften darin bestehen, daß in einer Großstadt wie Wien die wesentlich billigeren Freileitungen nur zum Teil durchführbar sind. Die Errichtung von Dampfkraftwerken habe sich gerade in "Trockenperioden" der Elektrizitätsversorgung als unbedingt notwendig erwiesen. Was den Stromverbrauch betrifft, so ist er durch die Vermehrung der Zahl der Elektrogeräte in den Haushalten ständig im Steigen begriffen.

Bezüglich des neu eingerichteten Kundendienstes meinte der Redner, daß sich dieser erfreulicherweise bestens bewährt habe.

Zu den Gaswerken: die am 7. September 1970 begonnene Aktion der Erdgasumstellung wird auch im kommenden Jahr forciert werden. So wurden bisher bereits 51.000 Haushalte mit über 96.000 Geräten umgestellt. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß die Aktion schon früher als erwartet, nämlich in etwa zehn Jahren, beendet sein wird.

Der Redner kam sodann auf die Wiener Verkehrsbetriebe zu sprechen, wobei er die hier täglich erbrachten Dienstleistungen für die Allgemeinheit hervorhob. Auf die finanzielle Situation eingehend erklärte GR. Seeböck, dies sei ein internationales Problem. Auch in hochentwickelten europäischen Industriestaaten befinden sich die öffentlichen Verkehrsmittel in einer schwierigen finanziellen Lage. Wohl habe die Beförderungsleistung bei den Wiener Verkehrsbetrieben zugenommen, doch stünden die Einnahmen von den Beförderungen in keiner Relation zu den Betriebskosten. Zum Nulltarif meinte er, daß dieser keineswegs das "Ei des Kolumbus" darstelle. Abschließend forderte der Debattenredner im Interesse einer raschen Fahrgastbeförderung den absoluten Vorrang der Massenverkehrsmittel im Straßenverkehr.

StR. Nekula bekannte sich im Schlußwort zur Rationalisierung durch Personaleinsparungen. Diese Rationalisierung verursacht jedoch hohe Kosten - etwa beim Umbau von Straßenbahnwagen für den schaffnerlosen Betrieb - die anfallen, ehe irgendein Rationalisierungseffekt wirksam wird. Das gilt auch für den Vorschlag von Gleisverlegungen. Wer höhere Ausgaben verlangt, dürfte jedenfalls nicht gleichzeitig dagegen sein, die nötigen Investitionsmittel aufzubringen.

Standorte Umspannwerk Schmelz und Kraftwerk Donaustadt: Immer, wenn ein solches Werk gebaut wird, taucht die Frage auf, warum gerade hier und nicht woanders. Standorte werden jedoch nicht willkürlich gewählt. Der Standort eines Umspannwerkes ist von der Netzsituation abhängig. Ein kalorisches Kraftwerk benötigt große Mengen Kühlwasser, die am besten aus der Donau zu entnehmen sind. Übrigens ist die Gegend, wo das Kraftwerk Donaustadt gebaut wird, nur dem Namen nach Naturschutzgebiet, in Wirklichkeit jedoch völlig devastiert.

Atomkraftwerk: Es gibt keine Pläne für ein Atomkraftwerk auf Wiener Boden, sondern nur Überlegungen bezüglich des dritten Blocks im Kraftwerk Donaustadt, der 1979 fertig sein muß. Es sei denkbar, daß gemeinsam mit anderen Elektrizitätsunternehmungen ein Atomkraftwerk gebaut wird. Wien allein wird das kaum tun, da die Untergrenze der Wirtschaftlichkeit bei 700 Megawatt liegt.

Erdgas-Umstellung: Die Umstellung von 800 Haushalten wöchentlich war geplant, jetzt sind es jedoch schon 1.200. Die internationalen Spitzenwerte liegen bei 1.500, Wien will auf 2.000 kommen. Das bedeutet, daß die Umstellung nicht, wie geplant, in zwölf oder, wie optimistisch eingeschätzt wurde, in zehn Jahren, sondern schon in neun Jahren oder noch früher abgeschlossen sein wird.

Wirtschaftsplan: Seine Ausarbeitung beginnt im Juli und dauert viele Wochen. Wäre die erst zu beschließende Tarifierhöhung schon berücksichtigt worden, wäre das sicher als Mißachtung des Beschlußrechtes des Gemeinderates kritisiert worden.

E-Werks-Investitionen: Die Gewinne der E-Werke stehen in keinem Verhältnis zum Investitionsbedarf (StR Schaumayer(ÖVP): Die Unterlagen sind dürftig!). 1972 erwarten die E-Werke 354 Millionen Gewinn, aber der Investitionsbedarf beträgt 1.121 Millionen. Bei einer Verdopplung des Strombedarfs in zehn Jahren sind in dieser Zeit Investitionen von 15 Milliarden nötig. Die gegenwärtige Steigerungsrate entspricht jedoch einer Verdopplung des Strombedarfs in achteinhalb Jahren.

U-Bahn: Sie wird kostensparend sein, aber vorerst einmal verursacht sie sehr hohe Kosten. Diese Mittel müssen aufgebracht werden. Man kann nicht für die U-Bahn eintreten, aber gleichzeitig die Dienstgeberabgabe ablehnen.

Vergleich zwischen den Leistungen der Bediensteten der verschiedenen Unternehmungen: Das ist eine wertlose Äpfel-Birnen-Rechnung. Man kann Energieversorgungsunternehmen nicht mit besonders arbeitsintensiven Dienstleistungsunternehmen vergleichen.

ÖVP-Antrag, genauere Unterlagen zu liefern: Die Stadtwerke haben verschiedene Wirtschaftspartner. Kein Wirtschaftsunternehmer veröffentlicht Detailunterlagen und gibt damit dem Partner Einblick in die Kalkulation (Tumult bei der ÖVP. GR. Kowarsch: Dann kann man Verantwortung nicht übernehmen. StR Schaumayer: Unglaublich. Lesen Sie das Aktiengesetz.).

Elektrobus: International sind drei Systeme in Erprobung. In Koblenz fährt ein Batteriebus mit einem Radius von 50 Kilometer, dessen Batterieanhänger jedoch zu groß ist und eine untragbar kurze Lebensdauer von eineinhalb Jahren hat. In Japan fährt ein Batteriebus mit Radius 100 Kilometer, dessen Batterieanhänger jedoch sechs Meter lang, also für den Stadtverkehr unbrauchbar ist. Eine österreichische Erfindung beruht auf Gleichstrombasis. In Abständen von zwölf Kilometern müßten dafür eigene Umformer aufgestellt werden, jedesmal entstünden nach 12 Kilometern zehn Minuten Aufenthalt zur Aufladung. Wien konzentriert sich auf den Umbau von Autobussen auf umweltschonenden Flüssiggasantrieb. Als erstes großes Unternehmen wird der Wiener Autobusbetrieb 1973 den strengen Bestimmungen des California-Tests entsprechen.

Einheitstarif für alle innerstädtischen Bahn- und Buslinien: Würde rund 120 bis 140 Millionen Schilling kosten.

Abstimmung: Der Wirtschaftsplan wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP ~~gehehmt~~ der ÖVP-Antrag einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

*

Die kürzeste Budget-Debatte "die es je gab"

Dies war die kürzeste Budget-Debatte im Wiener Rathaus. Insgesamt beriet der Wiener Gemeinderat in acht Sitzungstagen 47 Stunden und 35 Minuten lang. Im Vorjahr dauerte die Budgetdebatte 56 Stunden und zehn Minuten.

Das längste Referat hielt Finanzstadtrat Schweda mit einer Stunde und sechs Minuten, das kürzeste Referat Wohnungsstadtrat Suttner mit 17 Minuten.

80 Debattenredner hatten sich zu Wort gemeldet. Den längsten Debattenbeitrag lieferte GR. Seeböck zum Kapitel "Stadtwerke" mit 50 Minuten Rededauer. Die kürzeste Rede hielt GR. Jedletzberger zum Kapitel "Verschiedene Rechtsangelegenheiten"; er sprach drei Minuten lang.

- - -

Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates

Wien, 17. 12. (RK) Im Anschluß an die Budgetdebatte erledigte der Wiener Gemeinderat die restliche Tagesordnung. GR. Hermine Fiala (SPÖ) beantragt, dem Verein Wiener Jugendkreis eine Subvention von 500.000 Schilling zu gewähren.

Ohne Debatte mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ein weiterer Antrag der selben Referentin sieht den Abschluß eines Vertrages mit der Austria-Wochenschau über wöchentliche Bildberichte vor.

GR. Dr. Tuma (DFP) kritisiert, daß seine Fraktion keine Unterlagen über diesen Antrag erhalten habe. Da kaum mit einer echten Information zu rechnen sei, stimme seine Fraktion nicht zu.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) befürchtet, daß die für Wochenschau-Berichterstattung aufgewendeten Beträge hinausgeworfenes Geld sein könnten, da der Wochenschau im Zeitalter des Fernsehens und des Rückgangs des Kinobesuches kaum mehr Bedeutung zukomme. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

GR. Fiala erklärt im Schlußwort, die Geschäftsgruppe III sei zuständig für die Filmförderung. Ihre Fachleute werden daher auch beratend bei der Herstellung der Wochenschauberichte mitwirken. Die Landeslichtbildstelle wird überdies diese Filme für Dokumentationszwecke archivieren und sie natürlich auch den Schulen und dem Landesjugendreferat zur Verfügung stellen. Die Wiener Bevölkerung habe ein Recht, über die Arbeit und die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung objektiv informiert zu werden und dem soll der vorliegende Antrag dienen.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

GR. Dr. Müller (SPÖ) beantragte für die Erweiterung des Internationalen Studentenheimes in Döbling eine Erhöhung des Sachkredites um 4,4 Millionen auf 106,4 Millionen Schilling. Ohne Debatte einstimmig angenommen.

Stadtrat Suttner (SPÖ) stellte den Antrag, auch für die in 707 Fällen gewährten Zusatzdarlehen der Stadt Wien eine einmalige Sonderbegünstigung für die vorzeitige Rückzahlung von Wohnbaudarlehen zu gewähren.

Ohne Debatte einstimmig angenommen.

./.

Für die Ausarbeitung eines generellen Projektes für die Süd-Ost-Autobahn durch Prof. Dr. Dorfwirth beantragte Gemeinderat Ing. Hofstetter (SPÖ) eine Erhöhung des Kostenbetrages auf 528.600 Schilling.

Dazu meldete sich GR. Dr. Tuma (DFP) zu Wort: Im Interesse noch offener Fragen des Umweltschutzes sollte die Stadtverwaltung die zu dem Projekt gemachten Budgeterinnerungen von 50 Bürgern diskutieren.

GR. Ing. Hofstetter betonte im Schlußwort, daß gerade eine Autobahn, auf der nicht oft angehalten werde, im Vergleich zu Straßen mit Kreuzungen nach Ansicht der Fachleute wesentlich umweltfreundlicher sei. Bei Abwägung der Vor- und Nachteile des Projektes müsse man der Autobahn ein größeres Interesse der Gemeinschaft zusprechen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Nächste Punkte der Tagesordnung waren zwei Schulbauten: GR. Fiala (SPÖ) beantragte die Errichtung einer achtklassigen Schule im 14. Bezirk, Karl Toldt-Weg, mit Kosten von 19,7 Millionen Schilling.

Abstimmung:: einstimmig angenommen.

GR. Gawlik (SPÖ) beantragte den Bau einer 32-klassigen Volks-, Haupt- und Sonderschule in der Großfeldsiedlung (Kosten: 54 Millionen Schilling).

Abstimmung: einstimmig angenommen.

GR. Schmid (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Nächtigungsgebühren in den städtischen Obdachlosenheimen.

Als Debattenredner erklärte GR. Dr. Tuma (DFP), seine Fraktion schäme sich dieses Antrages.

Im Schlußwort erklärte GR. Schmid, diese Gebühren seien seit 20 Jahren gleichgeblieben, mittlerweile hätten sich aber die Fürsorgerrichtsätze auf das Vierfache erhöht.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ohne Debatte einstimmig angenommen wurde die Vergebung eines Untersuchungsauftrages für die Stadtentwicklung an ein Institut in Frankfurt (Berichterstatter: GR. Ing. Hofstetter, SPÖ) und die Schaffung einer Überwachungsstation im Elisabethspital (Berichterstatter Stadtrat Dr. Glück, ÖVP),

GR. Edlinger (SPÖ) beantragte die Vergebung eines Auftrages an das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) zur Messung der Attraktivität von Stadtteilen in Wien.

Bezugnehmend auf die Person des Geschäftsführers in diesem Institut, den SPÖ-Nationalratsabgeordneten Otto Blecha, kritisierte GR. Müller (DFP) als Debattenredner, den Umstand, daß es dabei keine Ausschreibung gegeben habe.

GR. Edlinger erklärte im Schlußwort, das erste Erfordernis für optimale Planung sei das Vorhandensein eines Höchstmaßes von Daten.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Stadtrat Pfösch und GR. Edlinger (SPÖ) referierten über die geplante Errichtung eines städtischen Wohnhausbaues im 23. Bezirk in der Breitenfurter Straße 360-368. Neben Wohnräumen wird diese Wohnhausanlage unter anderem auch Büroräumlichkeiten, Geschäftslokalitäten sowie eine Tuberkulosenfürsorgestelle enthalten.

Als Debattenredner wies GR. Dr. Tuma (DFP) auf die Gefahr einer solchen Institution in einer Wohnhausanlage hin.

Stadtrat Pfösch versicherte in seinem Schlußwort, daß entsprechende Vorkehrungen vorgesehen sind.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ angenommen.

GR. Margarete Tischler (SPÖ) referierte über den Abschluß einer eigenen Bauwesen- und Haftpflichtversicherung für den U-Bahn-Bau.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Stadtrat Pelzelmayer stellte den Antrag, Provisorien für die Unterbringung der derzeitigen Inhaber von Marktständen des Fleischdetailmarktes und des Viktualienmarktes zu errichten.

GR. Krönn (FPÖ) kritisierte als Debattenredner die zu geringe Information der Mitglieder des Gemeinderates über derlei Vorhaben.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Paulas (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Kreditrahmens für die Ansiedlung und die strukturverbessernde Umsiedlung von Betrieben um 200 Millionen auf 650 Millionen Schilling. Die Stadt Wien gewährt für diese Kredite Zinsenzuschüsse. Die Aufstockung bedeutet für die Stadt eine Belastung von 12 bis 14 Millionen Schilling.

Abstimmung: Einstimmig genehmigt.

GR. Ascherl (SPÖ) beantragte eine Subvention von 180.000 Schilling an die Gesellschaft bildender Künstler für die Renovierung des Künstlerhauses.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) beantragte für die Gesellschaft bildender Künstler eine Jahressubvention von 50.000 und eine Sondersubvention von 75.000 Schilling für die Ausstellung "Zeichnen heute".

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) beantragte auch eine Subvention von 100.000 Schilling für das Österreichische Filmmuseum.

Abstimmung: Einstimmig genehmigt.

Weiter beantragte GR. Prof. Bittner (ÖVP) 50.000 Schilling für das Katholische Bildungswerk der Erzdiözese Wien, das seinen 25jährigen Bestand feiert.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) beantragte 100.000 Schilling für die Wiener Kammeroper.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Gawlik (SPÖ) beantragte insgesamt 145.000 Schilling für das English Theatre, das Theater Arlequin, das Cafetheater und die Gruppe Torso.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Gawlik (SPÖ) beantragte weiter 40.000 Schilling Sondersubvention für die Übersiedlung des Notrings der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Dr. Müller (SPÖ) beantragte, zwölf Südtiroler Studenten ein Jahresstipendium von je 13.000 Schilling zu gewähren.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) beantragte 20.000 Schilling für das Kabarett "Der Bunte Wagen".

Abstimmung: Einstimmig gebilligt.

GR. Wiesinger (SPÖ) beantragte 70.000 Schilling für das "Haus des Meeres".

Abstimmung: Einstimmig genehmigt.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) beantragte 25.000 Schilling für die Stegreifbühne Karoline Tschauner.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen.

GR. Michaelica (SPÖ) beantragt die Verhängung der zeitlich begrenzten Bausperre für ein Gebiet im Ortsbereich Stammersdorf. Ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Wiesinger (SPÖ) stellt den Antrag, die Errichtung eines 32klassigen Schulbaues in der Großfeldsiedlung IIIa zu genehmigen. Die Baubewilligung wird von GR. Edlinger (SPÖ) beantragt.

Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Bericht der Altersheim-Kommission

GR. Rosenberger (SPÖ) gibt als Vorsitzender der Altersheim-Kommission einen Bericht über die bisherigen Untersuchungen der Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung in der Betreuung der in den Altersheimen untergebrachten Mitbürger. Der Kommissionsbericht, der eine Zusammenfassung der Tätigkeit des ersten Jahres enthält, wurde dem Wiener Gemeinderat auch schriftlich vorgelegt. Wie GR. Rosenberger feststellt, konnten auf Grund der Beobachtungen und der ersten Wahrnehmungen bereits viele Verbesserungen erreicht werden. Ziel der Kommission sei es, mitzuhelfen, unseren älter gewordenen Mitbürgern, die nicht mehr im Familienverband leben können, die Aufnahme in ein Altersheim zu ermöglichen und den Aufenthalt dort so angenehm wie möglich zu gestalten. Insgesamt stehen derzeit 6000 Betten in den Altersheimen zur Verfügung.

Zu den Vorschlägen der Kommission gehören unter anderem: Vereinfachung der Aufnahmeformalitäten und Auflassung der zentralen Aufnahmestelle. Den Insassen sollte die Möglichkeit geboten werden, persönliches Gut zu behalten, um über einen kleinen persönlichen Bereich verfügen zu können. Der Tagesablauf sollte so gestaltet werden, daß zu zeitiges Wecken vermieden wird und daß die Abstände zwischen dem Abendessen und dem Frühstück verkleinert werden. Die Hausordnung wäre den heutigen Gegebenheiten anzupassen und zu ändern. Die Kleidung, vor allem jene der gehfähigen Pfléglinge, müßte individueller gestaltet werden. Die Anstaltsbibliotheken müßten in Zukunft besser versorgt werden. Zweckmäßig erschiene es, in den Altersheimen Buffets einzurichten und mit kleinen Buffetwagen bettlägerige Pfléglinge zu versorgen. Bei Umbauten müßte darauf geachtet werden, eine Belästigung der Patienten und des Pflegepersonals durch zu große Lärm- und Staubbelastung zu vermeiden.

Wichtig wäre es, jene Pavillons im Bereich des Altersheimes Lainz, die derzeit für Spitalszwecke verwendet werden, wieder dem Altersheim zur Verfügung zu stellen. Dadurch wäre eine große Entlastung in der Versorgung möglich.

Der Redner verweist abschließend noch auf die Vorschläge, die für die einzelnen Altersheime in baulicher und pflegerischer Hinsicht gemacht wurden. In allen aufgezeigten Belangen wurde bereits mit dem Anstaltenamt verhandelt und gutes Einvernehmen erzielt.

Die vier Grundsatzersuchen, die an den Gemeinderat gerichtet werden, seien folgende: Auflassung der großen Schlafsäle, für Ehepaare geeignete Räume in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen, in Krankenhäusern der Stadt Wien an die Einrichtung geriatrischer Abteilungen für vorübergehend Erkrankte vorzusorgen und den absolut vorhandenen Mangel an Pflegepersonal durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen.

Abschließend dankt der Redner für die ausgezeichnete Zusammenarbeit aller Stellen. Den vorliegenden Bericht bittet er zur Kenntnis zu nehmen.

Ohne Debatte einstimmig zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Pfoch beantragte die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost (Bauteil 7, fünf Häuser, 110 Wohnungen, davon 26 für Körperbehinderte) mit Kosten von 37 Millionen Schilling. GR. Glaser (SPÖ) referierte die Baubewilligung.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Als nächstes stand die städtische Wohnhausanlage im 14. Bezirk, Markusgasse-Rottstraße-Felbigergasse-Prochstraße (163 Wohnungen), referiert von Stadtrat Pfoch, auf der Tagesordnung.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) referierte die Baubewilligung.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Den Neubau einer Wohnhausanlage im 11. Bezirk, Thürndorferstraße, (4. Bauteil, 14 Häuser, 474 Wohnungen) beantragte GR. Paulas (SPÖ). Dazu referierte GR. Ing. Nedwed (SPÖ) die Baubewilligung.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Busta (SPÖ) beantragte sodann die Aufnahme von drei Darlehen beim Wasserwirtschaftsfonds durch die Stadt Wien. 5,07 Millionen Schilling für den Bau des Österreicher-Stollens, vier Millionen für Kanalumbauten im Zusammenhang mit der Niveau-freimachung der Altmannsdorfer Straße und 8,7 Millionen für die Umlegung von Wasserleitungssträngen für das gleiche Projekt.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Eine neue Telefonanlage (Kosten eine Million Schilling) im Zuge der Erneuerung des Amtshauses im 17. Bezirk beantragte GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ)

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Stadtrat Heller (SPÖ) beantragte die Genehmigung von 800 Millionen Schilling für das Bauprojekt 2 c der U-Bahn-Linie 4 (das ist die Strecke Columbusplatz-Reumannplatz) und die Genehmigung von 560 Millionen Schilling für die Errichtung des ersten Bauabschnittes des Entlastungsgrinnes, allgemein als "zweite Donau" bezeichnet. Es handelt sich dabei um ein neun Kilometer langes Teilstück des neuen Bettes von der Praterbrücke Strom abwärts.

Beide Anträge einstimmig angenommen.

GR. Stockinger (SPÖ) beantragte die Ermäßigung von Gebühren für die Benützung von Schlachteinrichtungen im Zentrum Landstraße.

GR. Krena (FPÖ) brachte einen Antrag mit noch weitergehenden Ermäßigungen ein. Dieser Antrag wurde abgelehnt, der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Neuer Straßenbahntarif

Stadtrat Nekula (SPÖ) legte den Antrag auf Änderung der Tarife und der Beförderungsbestimmungen der Wiener Verkehrsbetriebe vor.

Der heute beschlossene Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1972 hat die Finanznotlage des Gesamtunternehmens, die fast ausschließlich durch die Wiener Verkehrsbetriebe verursacht wird, aufgezeigt. Für das kommende Jahr rechnen die Verkehrsbetriebe mit einem Verlust von 621 Millionen Schilling. Auch unter Berücksichtigung der Zuschußleistung der Wiener E-Werke von 180 Millionen verbleibt noch immer ein Verlust von 441 Millionen. Die seit der letzten Tarifregulierung, also vor fünf Jahren, entstandenen Verluste betragen 2,9 Milliarden Schilling. Den steigenden Preisen und Löhnen stehen die seit fünf Jahren unveränderten Tarife gegenüber. Allein die Preissteigerungen auf dem Metall-, Bau- und Treibstoffsektor führten zu einem empfindlichen Auseinanderklaffen von Erträgen und Aufwendungen. Entscheidend jedoch bei einem personalintensiven Unternehmen, wie es gerade die Verkehrsbetriebe sind, sind die Lohnkosten. Obwohl es durch intensive Rationalisierungsmaßnahmen gelungen ist, den Personalstand um 982 Personen zu senken, stieg infolge von Bezugsregulierungen der Personalaufwand von 730 Millionen um 23 Prozent auf 989 Millionen Schilling an.

Zur Fortsetzung ihrer Investitionstätigkeit und damit zur Durchführung weiterer Rationalisierungen benötigen die Wiener Verkehrsbetriebe für 1972 431 Millionen Schilling. Mangels entsprechender Mittel mußten aber davon 268 Millionen gesperrt werden. Allein durch die bisher durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen konnten Erfolge erzielt werden, die in Form von 299,8 Millionen Minderausgaben zu Buche stehen. Eine Sperre von Investitionsmitteln in einem derart hohen Ausmaß müßte zwangsläufig die Einstellung der Investitionstätigkeit notwendig machen, wodurch auch weitere Rationalisierungserfolge nicht erreicht werden könnten. Die verschiedenen überalteten Straßenbahntypen müßten ausgeschieden werden, ohne daß dafür ein Ersatz möglich wäre. Die Folge davon wären Betriebsverschlechterungen und Intervalldehnungen, die zu einem weiteren Absinken der Attraktivität der Verkehrsbetriebe führen würden.

Außerdem würden für Teile unserer Wiener Industrie, die weitestgehend von der Auftragsvergabe der Wiener Verkehrsbetriebe

abhängig sind, spürbare Rückschläge entstehen. Im § 24 des vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Unternehmungsstatutes wird die Direktion des Unternehmens verpflichtet, zur Lenkung der Aufwendungen erforderliche Maßnahmen zu treffen oder vorzuschlagen. Unter Punkt 2 heißt es wörtlich: Wirtschaftliches Ziel der Ertragslenkung sind eigene Erträge der Unternehmungen in einer Höhe, die es in der Regel ermöglichen, zumindest die Aufwendungen voll zu decken, die Erhaltung der Wirtschaftssubstanz im Bereiche der Anlagen sicherzustellen und die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung der Unternehmungen zu gewährleisten.

Auf Grund der finanziellen Notlage des Unternehmens und unter Berücksichtigung der statutarischen Verpflichtung sah sich die Direktion veranlaßt, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Um ausreichend Entscheidungsunterlagen zu schaffen, wurden im Rahmen der Direktion rund 120 Tarifvorschläge berechnet. Auf Grund der im Wirtschaftsplan angenommenen Beförderungsleistungen wurde ein Durchschnittserlös von 239 Groschen pro Beförderungsfall errechnet. Um eine volle Kostendeckung zu erreichen, müßte jedoch ein Durchschnittserlös von 596 Groschen erzielt werden. Bei diesem Durchschnittserlös müßte unter Beibehaltung aller Sozialrabatte ein Tagesfahrtschein, von dem sich auf Grund unseres heutigen Tarifsystems alle Rabatte ableiten, 14 Schilling kosten. Ich war mir bewußt, daß diese Berechnung nur rein theoretischen Wert haben konnte, trotzdem mußte sie zur Erstellung einer Ausgangsbasis angestellt werden.

Zur Aufrechterhaltung der notwendigen Investitionstätigkeit und um wenigstens bescheidene Mittel zur Deckung des Abganges zu erhalten, wurde daher von den Verkehrsbetrieben ein Tarifvorschlag auf der Basis eines Sieben-Schilling-Schaffnerfahrtscheines erstellt. Der auf dieser Basis erstellte Vorschlag hätte Mehreinnahmen im Betrage von 318 Millionen Schilling brutto erbracht. Brutto deshalb, weil durch die Mehreinnahmen erhöhte Ausgaben für Provisionen an Trafiken, durch höhere Abgeltung für die Beförderung von Fahrgästen der Wiener Verkehrsbetriebe auf der Schnellbahn und durch Erhöhung der Beförderungssteuer entstanden wären. Der verbleibende Nettoertrag hätte 292 Millionen Schilling betragen. Im Zuge der zwischen der Finanzverwaltung und den Stadtwerken geführten Verhandlungen

erklärte sich Stadtrat Schweda bereit, die für 1973 wirksam werdende Pensionsübernahme der Wiener Stadtwerke im Ausmaß von 80 Prozent bereits auf 1972 vorzuverlegen.

Die dadurch erzielte Entlastung für die Wiener Stadtwerke beträgt 71,3 Millionen Schilling. Die Stadt Wien übernimmt damit Pensionslasten von insgesamt 626,9 Millionen. Durch diese Bereitschaft der Finanzverwaltung war es möglich, die Erhöhung des Tagesfahrscheines von fünf auf sechs Schilling vorzuschlagen. Die sich dadurch ergebenden Tarifänderungen liegen im Detail vor. Der Mehrertrag dieser Tarifregulierung beträgt 211 Millionen. Unter Berücksichtigung der vorher bereits dargestellten Erhöhung an Provisionen, an Erhöhung der Abgeltungen an die ÖBB und an Beförderungssteuer verbleibt ein Nettomehrertrag von 192 Millionen. Zuzüglich der von der Hoheitsverwaltung vorzeitig geleisteten 71,3 Millionen werden daher den Wiener Verkehrsbetrieben Mittel zur Verfügung gestellt, die sie in die Lage versetzen, ihre Investitionstätigkeit und damit weitere Rationalisierungen durchzuführen.

Im Zuge der Tarifregulierungen sind auch eine Reihe von Verbesserungen vorgesehen. So werden mit 1. Jänner 1972 das Tarifgebiet II aufgelassen, die Gültigkeit der Kurzstreckenfahr-scheine sowie der Jugendfürsorgefahr-scheine auf Sonn- und Feiertage ausgedehnt. Für Lehrlinge wurde eine Fünf-Tage-Wochen-streckenkarte geschaffen und über Wunsch des Fremdenverkehrsverbandes eine Eintagesnetzkarte eingeführt. Der innerstädtische Sondertarif bleibt unverändert.

Im Rahmen der Tarifregulierung soll darüber hinaus die Beförderungsbestimmung vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde verbessert werden. So ist unter anderem vorgesehen, nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten die Beförderung von Kinderwagen und Rollstühlen zu ermöglichen und die Vorschriften über Gepäckbeförderung zu vereinfachen. Vereinfacht soll auch die Bestimmung über die unentgeltliche Beförderung von Kindern bis zu sechs Jahren werden. Im Zusammenwirken mit dem Stadtschulrat soll ein einheitlicher Jugendausweis geschaffen werden, dessen Gültigkeit nicht nur für die Straßenbahn, sondern darüber hinaus auch zur Inanspruchnahme verschiedener anderer Einrichtungen dienen soll. In Hinkunft werden beim Schaffner am Wagen nur mehr zwei Fahrscheinkategorien erhältlich sein, der Tagesfahrschein zu sechs Schilling und der Kinderfahrschein zu zwei Schilling.

Dadurch werden die Voraussetzungen für weitere Rationalisierung geschaffen. Im Hinblick auf die große Anzahl von betriebseigenen Vorverkaufsstellen und Trafiken besteht die Möglichkeit, verbilligt Fahrausweise zu erwerben. Durch diese verbilligten Vorverkaufsfahrscheine helfen die Fahrgäste außerdem mit, weitere Rationalisierungen in Form schaffnerloser Züge zu ermöglichen.

Im Zusammenhang mit der Tarifierhöhung der Wiener Verkehrsbetriebe wurde und wird der aus Westeuropa übernommene Begriff "Nulltarif" stark diskutiert. Mit dem Ausdruck "Nulltarif" wird kostenloses Fahren auf öffentlichen Verkehrsmitteln gemeint. Im Vordergrund dieser Gespräche stehen immer die Einsparungen, die bei einem solchen System anscheinend erzielbar sind. Was kann wirklich erspart werden? Schaffner, Kontrolloren, das Verwaltungspersonal, das mit der Fahrscheinverrechnung beschäftigt ist, und schließlich die Kosten für Papier und Druck bei Fahrscheinen. Dazu kommen noch die Verkaufsprovisionen in Trafiken und die Beförderungssteuer, weil diese auf Einnahmen basiert. Da die technische Ausrüstung der Trieb- und Beiwagen derzeit einem schaffnerlosen Betrieb noch nicht entspricht, könnten im Hinblick auf die Sicherheit der Fahrgäste von den 2.007 Schaffnern nur 594 eingespart werden, da die übrigen als Zugsbegleiter tätig sein müßten. Die Einsparungen auf dem Personalsektor würden daher 107 Millionen betragen, der Wegfall der Papier- und Druckkosten für Fahrscheine sowie der Verkaufsprovisionen für Trafiken und der Entfall der Beförderungssteuer würde eine weitere Ersparnis von 30 Millionen erbringen. Eine der Hauptfrage bei kostenlosem Fahren wäre, in welchem Ausmaß die Fahrgastfrequenz auf den öffentlichen Verkehrsmitteln ansteigen würde. Gerade in Wien kann man etwas darüber sagen, weil durch die 1967 erfolgte Einbeziehung aller privaten innerstädtischen Autobuslinien und durch die Gewährung der Freifahrt für Schüler und Studenten entsprechende Erfahrungswerte vorhanden sind. Im ersteren Fall, bei den privaten Autobuslinien, ist eine Steigerung der Fahrgastfrequenz von 40 Prozent feststellbar und im Falle der Schülerfreifahrt eine solche von 80 Prozent. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß trotz der Benützungsmöglichkeit privater Autobuslinien

im Einheitstarif die Pkw-Zulassungsquote bisher nicht gefallen, sondern nach wie vor steigend ist. Die Verkehrsbetriebe sind auf Grund dieser Erfahrungswerte der Ansicht, daß während der Verkehrsspitze mit einer Frequenzsteigerung von 40 Prozent und in der verkehrsschwachen Zeit mit einer Steigerung von 20 Prozent zu rechnen ist. Diese Zunahme der Fahrgastfrequenz bedeutet, daß von den Verkehrsbetrieben zur Bewältigung dieser Leistungen zusätzliche Investitionen für die Erweiterung des Wagenparkes und die Anschaffung von neuen Autobussen notwendig wären. Da diese zusätzlichen Wagen und Autobusse keine Geisterzüge sind und von Menschen bedient werden müssen, entsteht dadurch auch ein Personalmehrbedarf. Für den notwendigen Wartungs- und Reparaturdienst wäre ebenfalls ein zusätzliches Personal notwendig; wobei zu beachten ist, daß derzeit schon beim Verkehrspersonal ein Unterstand von zwölf Prozent besteht.

Um diese Mehrerfordernisse bewältigen zu können, wären 257 sechssachsige Gelenktriebwaren und 257 schaffnerlose Beiwagen sowie 70 normale Autobusse, 18 Doppeldecker und zwölf Gelenkautobusse notwendig. An Personal wären für die Straßenbahn 450 Fahrer und 450 Zugsbegleiter, für den Autobusbetrieb 175 Lenker und 57 Wagenbegleiter notwendig. An zusätzlichen Wagenrevisions- und Werkstättenpersonal wären bereits 588 Mann notwendig.

Das Investitionsgelderfordernis für die genannten Wagen wird auf der Preisbasis 1971 mit 1.552 Millionen errechnet. Nicht berücksichtigt wurden dabei die notwendigen Wagenreserven und der Bauaufwand für Garagen, Remisen und Werkstätteneinrichtungen. Der Mehraufwand für erhöhte Fahrleistungen würde im gesamten Betrieb 130 Millionen betragen. Der Mehraufwand für Personal und Werkstättenpersonal wurde mit 173 Millionen errechnet. Infolge des kostenlosen Fahrens würden Einnahmen im Ausmaß von 1.034 Millionen entfallen.

In diesem Zusammenhang ist noch die Frage offen, welche Einsparungen am Straßenbausektor erzielbar wären. Aus der Debatte über das Kapitel VIII (Tiefbau) ging hervor, daß nicht nur die Redner der Oppositionsparteien, sondern auch der Vertreter der Österreichischen Volkspartei darüber geklagt hat, daß für den Straßenbau zu wenig Mittel im Budget der Stadt Wien eingesetzt werden. Abgesehen davon, liegen Aufstellungen der Magistratsabteilungen 28, 29 und 46 vor, aus denen hervorgeht, daß auch

beim "Nulltarif" keine Einsparungen an Mittel für den Straßenbau zu erzielen wären.

Zur Prüfung des Fragenkomplexes Tarifsyst~~em~~ und Steigerung der Attraktivität des Massenverkehrsmittels sowie zum Zwecke weiterer Untersuchungen im Zusammenhang mit dem kostenlosen Fahren wird im kommenden Jahr eine Kommission, bestehend aus Fachleuten, Wissenschaftern und Politikern zusammentreten, deren Untersuchungsergebnis dem Gemeinderat dann vorgelegt wird. In Kürze wird auch das Untersuchungsergebnis des von den Verkehrsbetrieben beauftragten deutschen Verkehrsexperten, Prof. Lehner, vorliegen, das sicherlich eine brauchbare Arbeitsunterlage für diese Kommission darstellen wird, schloß Stadtrat Nekula.

Störversuch im Gemeinderat

Während des Berichtes von Stadtrat Nekula versuchten drei Personen auf der dichtbesetzten Galerie, durch Entrollung eines Spruchbandes und durch das Aufsetzen von Totenkopfmasken beziehungsweise Gasmasken die Debatte zu stören. Sie wurden von anderen Galeriebesuchern daran gehindert. Bürgermeister Slavik stellte als Vorsitzender dazu fest: "Wer die Verhandlungen stört, ist von der Galerie zu entfernen. Die Galerie wird nicht den gewählten Gemeinderat terrorisieren. Der Wiener Gemeinderat hat ohne Beeinflussung von außen seine Verhandlungen zu führen."

Nach einer Unterbrechung von drei Minuten konnte Stadtrat Nekula ohne weitere Störung seinen Bericht fortsetzen und beenden.

Verkehrsbetriebe-Debatte

Als erster Debattenredner warf GR. Müller (DFP) den Stadtwerken vor, durch die geplante Tarifierhöhung nur zur Beunruhigung der Wiener Bevölkerung beizutragen. Überdies wäre die geplante Gebührenerhöhung sinnlos, da sie ohnedies nicht einem kostendeckenden Tarif entspricht. Im Interesse der Wiener Bevölkerung wäre daher die Einführung des Nulltarifes anzuraten.

Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Prof. Wolfram (FPÖ) lehnte für seine Fraktion aus zwei Gründen die Tarifierhöhung ab: 1. Aus wirtschaftlichen Gründen, weil die Tarifierhöhung sich einfach nicht bezahlt mache, weil sie die Situation nur verschlechtere und nichts einbringe, sondern nur einen Rückgang der Frequenz zur Folge haben werde und 2. aus sozialen Gründen, weil gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Preislawine über Österreich hinwegfuge. Als besonders unsozial bezeichnete er die geplante Verteuerung des Kinderfahr Scheines. Vor Beschließung neuer Tarife hätten **eingehende** Untersuchungen und Überlegungen zu einer Verbesserung der Situation angestellt werden müssen. GR. Kowarsch (ÖVP) erklärte, eine wirkliche Sanierung der Verkehrsbetriebe könne nur durch ganz andere Maßnahmen als die vorliegende Tarifierhöhung erzielt werden. Er nannte dazu die Abnahme der Last an Fremdkapitalzinsen sowie den Ersatz des Einnahmenentfalls durch Sozialtarife.

Die Steigerung der Attraktivität der Straßenbahn könne durch mehrere Maßnahmen erreicht werden: Erhöhung der Reisegeschwindigkeit, Verdichtung der Zugfolge, bessere Versorgung der Randgebiete, Pensionistenfahr Schein und schließlich park-and-ride-System.

Das alles, sagte Kowarsch, wären tatsächliche Sanierungsmaßnahmen. Was aber werde nach der Tarifierhöhung geschehen? Weniger Fahrgäste und daher weniger Einnahmen, noch mehr Autos als bisher, noch mehr blockierte Schienen und deshalb weiter sinkende Reisegeschwindigkeit. Nicht einmal ein Jahr werde es dauern, bis man vor der Unausweichlichkeit einer neuerlichen Tarifierhöhung stehen werde.

Als Ausweg nannte Kowarsch außer den aufgezählten Maßnahmen auch noch die Einführung eines generellen Drei-Schilling-Tarifs bei gleichzeitiger Abschaffung der Sozialtarife mit Ausnahme des Kinderfahr Scheines. Des weiteren solle man alle Erfahrungen, die in anderen Städten mit dem Nulltarif gesammelt werden, genau auf ihre Verwertbarkeit für Wien prüfen.

Die Österreichische Volkspartei könne, sagte Kowarsch, dem Antrag auf Tarifierhöhung nicht zustimmen. Diese Maßnahme gehe an dem Zweck vorbei, der ihr unterlegt werde. Sie bedeute keine Sanierung, sondern nur ein sinnloses Opfer.

GR. Pöder (SPÖ) unterzog sich der Aufgabe, den Tarifierhöhungsantrag mit internationalen Vergleichen und mit einzelnen Daten aus der Situation der Verkehrsbetriebe selbst zu untermauern. Er räumte ein, daß dieser Beschluß niemandem Freude bringen werde.

Sehr viele Verkehrsbetriebe, auch in Übersee, weisen hohe Investitionskosten bei sinkenden Erträgen auf. Bei den Wiener Verkehrsbetrieben sei die Ausgangssituation vergleichsweise noch schlechter gewesen. Der Gesamtaufwand sei mit 1,3 Milliarden Schilling im Jahre 1962 auf 2,4 Milliarden im Jahre 1970 um 84,5 Prozent gestiegen. Die Einnahmen hingegen seien im gleichen Zeitraum viel langsamer von 877 Millionen Schilling auf 1,02 Milliarden gestiegen.

Die Lohnintensität des Unternehmens zeige sich aus folgenden Vergleichsziffern: 1962 Personalaufwand 810 Millionen, Beförderungserlös 877 Millionen, 1971 Personalaufwand 1,5 Milliarden, Beförderungserlös 1,02 Milliarden nach Übernahme der Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung.

Festzustellen sei, daß in Deutschland öffentliche Verkehrsmittel auch defizitär wurden, obwohl sie keine Pensionslasten zu tragen hatten. Die Übernahme der Pensionslasten durch die Stadt Wien sei als echte strukturverbessernde Maßnahme zu bezeichnen. 1972 wird die Stadtverwaltung 555 Millionen Schilling für die Pensionslasten aufwenden.

Zum Nulltarif müßte gesagt werden, daß bei seiner Einführung manche anderen Sozialleistungen nicht erbracht werden könnten. Ein Nulltarif wäre eine "Sozialpolitik in falschen Bahnen". Eindeutig müsse festgestellt werden, daß jeder Bürger mit vollem Einkommen einen angemessenen Preis für entsprechende Leistungen zu zahlen habe. Dieser echte Preis könnte ohnehin bei Spitalsbetten, Kindergarten- und Schulplätzen nicht verlangt werden.

Der Nulltarif müßte durch den Frequenzanstieg zu einem Verkehrschaos führen, meinte der Redner. Erhöhter Sachaufwand und Personalkosten für zusätzlich 1.850 Beschäftigte, würden dazu führen, daß der Nulltarif die Stadt Wien die Summe von 2,7 Milliarden Schilling kosten würde. ./.

Ganz entschieden wandte sich Pöder gegen den Vorwurf der "Überstundenkratzer" bei der Straßenbahn. Die rund 5.000 Mann des Fahrpersonals hätten vom 1. Jänner bis 31. Oktober dieses Jahres 1,64 Millionen Überstunden geleistet. Bei einem Personalunterstand von 900 Bediensteten sei diese Leistung im Interesse des Verkehrsaufkommens unbedingt erforderlich gewesen. Pöder: "In Wirklichkeit müssen die Wiener und der Gemeinderat für diese zusätzlichen Dienste den Straßenbahnern dankbar sein." Für die Mehrleistungen hätten sie jedoch auch Anspruch auf ein entsprechendes Entgelt.

Zum Alternativvorschlag der ÖVP argumentierte der Redner vor allem in der Richtung, daß der harte Kern in zusätzlichen Lasten für die Stadtverwaltung liegen würde. Wenn man außerdem ohnehin geplante, langfristige Maßnahmen, wie das park-and-ride-System und den forcierten U-Bahnbau fordere, seien dies "Gemeinplätze".

Abschließend zitierte Pöder StR. Dr. Schaumayer, die im Oktober 1966 die letzte Tariferhöhung zu vertreten hatte. Die Stadträtin habe damals den ablehnenden Oppositionsparteien den "Wunsch nach Popularitätsgewinn" vorgeworfen. Die Überlegung, an politischer Popularität zu gewinnen, trage auch die heutige ablehnende Haltung der ÖVP.

StR. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) hatte sich zusätzlich als Debattenrednerin gemeldet, wobei sie in ihren Ausführungen unter anderem auch auf den Debattenbeitrag von GR. Pöder einging. Sie betonte dabei, daß die ÖVP-Fraktion niemals die Flucht vor dem Ressort "Städtische Unternehmungen" angetreten habe, sondern, daß es vielmehr Wunsch der Sozialistischen Fraktion des Gemeinderates gewesen sei, es dort besser zu machen.

Der Vergleich mit dem Jahr 1966 hinke in sachlicher Hinsicht sehr stark, denn die finanziellen Relationen seien damals andere als heute gewesen. Damals habe man echte Verbesserungen für die Fahrgäste - etwa durch die Einführung des Einheitstarifes - geschaffen. Zum Unterschied dazu, gebe es heute keine Verbesserungen, beziehungsweise nur solche, die noch aus Vorschlägen ihrer Fraktion resultieren. Die Sanierung sei wohl im vergangenen Jahr in den Zeitungen inseriert, jedoch nie durchgeführt worden. So müsse sie diesem Ressort dem berechtigten Vorwurf machen, daß während der vergangenen zweieinhalb Jahre wirklich nichts getan wurde.

Als Gründe für die nunmehr bestehende Misere führte sie unter anderem den Umstand an, daß zu wenig Kapital für die Wiener Stadtwerke freigemacht worden sei, wodurch die entsprechende Aufnahme von Fremdkapital notwendig wurde. Ebenso führte sie den jahrzehntelangen Mangel eines Verkehrskonzeptes als eine der Ursachen dafür an.

Zur Übernahme der Pensionslasten: Die Liquidität habe sich nur noch verschlechtert (Finanzkosmetik der verantwortlichen Stellen).

Zur Einhebung der Gebrauchsabgabe: Hier führte sie an, daß auch die GEWISTA für ihre derzeit auf dem Rathausplatz etablierte Jubiläums-Ausstellung keine Gebühr zu entrichten habe. Fadenscheinige Begründung dafür: dieser Platz sei "Privateigentum".

Abschließend erklärte die Stadträtin: Wir halten den nun eingeschlagenen Weg für einen echten Fehler, einen Irrweg. Ein gemeinsames Studium anderer Systeme wäre hier angebracht. Der Nulltarif sei abzulehnen, ihm wäre der Zähltarif vorzuziehen, da dieser den Griff in die Taschen der Steuerzahler vermeidet.

Die nunmehr in Aussicht genommene Tarifierhöhung bezeichnete sie verkehrs- und sozialpolitisch als verfehlt. Ihre Fraktion werde daher "Nein" zu der Tarifierhöhung sagen.

GR. Schreiner (SPÖ) erklärte, seine Fraktion habe bereits seit November 1970 die Gelegenheit benützt, alle zur Debatte stehenden Fragen eingehend zu diskutieren, zu untersuchen und möglichst praktikable Lösungen zu finden. Den Niederschlag dieser Arbeit finde man in der vorliegenden Publikation "Probleme des öffentlichen Nahverkehrs".

Die Situation der Massenverkehrsmittel sei kein Wiener Problem, sondern ein weltweites. Vergleiche mit der Stadt Graz zu ziehen, sei vollkommen falsch, da Graz knapp die Größe eines Wiener Bezirkes habe und die Grazer Verkehrsbetriebe nicht annähernd jene Leistungen zu erbringen haben, die man von den Wiener Verkehrsbetrieben erwartet. Nicht in entferntesten würde sich ein Privatunternehmer finden, der ein solches Unternehmen übernehmen würde. Er wäre schon längst zur Lohn- und Preiskommission gegangen und hätte schon vor Jahren ein Nachziehen der Preise verlangt.

Wenn man die U-Bahn in die Diskussion bringt, erhebe sich die Frage, hätten wir 1945, 1950, 1955 oder auch noch 1960 den Mut haben sollen, den Wienern eine U-Bahn zu bauen, wo ihnen das Notwendigste zum Leben gefehlt hat? Hätten wir um Milliardenbeträge technisch wunderbare Leistungen erbringen sollen, wie Tunnelröhren und ähnliches und den Wienern, die auf eine Wohnung gewartet haben, sagen sollen, sie mögen in der Tunnelröhre hausen?

Den Sozialisten war die Lösung all der lebenswichtigen Fragen **weitaus wichtiger** als ein Versäumnis der Zeit der Jahrhundertwende nachzuholen. Es brauche niemand besorgt zu sein. Die Sozialisten werden bei der Auseinandersetzung mit den Wählern diesen klar sagen, daß sie nicht nur Grund haben, stolz auf die Leistungen dieser Stadtverwaltung zu sein, sondern daß sie sich auch auf sie verlassen können. Man werde auch in Zukunft immer abwägen, welches Vorhaben gerade am dringendsten realisiert werden müßte. Die Sozialisten stimmen der Erhöhung nicht aus Freude an der Erhöhung zu, sondern weil sie glauben, damit einen kleinen Beitrag für weitere Leistungen erbringen zu können. Die Wiener werden dies sicherlich verstehen. (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Nekula erklärte im Schlußwort, daß die Tarifierhöhung keine Beseitigung, sondern nur eine Verringerung des Defizits bringt. Der kostendeckende Tarif wären 14 Schilling, der tatsächliche Tarif beträgt sechs Schilling, also nicht einmal die Hälfte. Zusammen mit den Sozialrabatten, die es in solcher Höhe in keiner anderen vergleichbaren Stadt gibt, entspricht das also sehr wohl der Forderung nach einem niedrigen Tarif.

Die ÖVP befürchtet eine ärgere Verstopfung der Straßen durch Autos als Folge der Tarifierhöhung. Auf Initiative der ÖVP wurde jedoch voriges Jahr, vor den Wahlen, eine Erhöhung des Kfz-Pauschales beschlossen. Das war ein Beitrag zur ärgeren Verstopfung der Städte.

Zum Thema Nulltarif wurde in Basel eine Befragung durchgeführt, wobei man auch offen auf die entstehenden Kosten hingewiesen hat. 82 Prozent der stimmberechtigten Basler haben sich deshalb gegen den Nulltarif ausgesprochen.

Die ÖVP-Vorschläge sehen unter anderem eine Erhöhung der Zugfolgen und der Reisegeschwindigkeit vor. Das würde mehr Personal erfordern und höhere Kosten verursachen. Es wird auch die Gültigkeit des Kurzstreckentarifs an Sonn- und Feiertagen verlangt, was ohnedies in den neuen Tarifen enthalten ist.

Seit dem 8. Juni 1969, als die Leitung des Ressorts von der ÖVP **sur** SPÖ übergang, ist einiges geschehen, was vorher bestenfalls angekündigt war - die Umstellung der Linien 39 und 317 auf Autobusbetrieb, die Beseitigung der Parallelführungen des innerstädtischen Autobusses mit anderen Linien und vor allem die Verwirklichung eines neuen Konzeptes für den 21. und 22. Bezirk, das volle Zustimmung der Bevölkerung findet. Manche Verbesserungen, vor allem die bessere Stadtranderschließung, waren aber nur durch unpopuläre Maßnahmen, wie die Kürzung der innerstädtischen Autobuslinien möglich.

Der sogenannte "Zähltarif" - einheitlicher Fahrpreis von drei Schilling bei jedem Einsteigen unter Wegfall aller Rabatte außer dem Kinderfahrchein - wird sicher auch überlegt werden. Dafür würde man aber entweder Automaten brauchen, was hohe Kosten zur Folge hätte, oder mehr Schaffner oder höhere Provisionen an die Trafiken.

Es ist nicht leicht, schloß Stadtrat Nekula, von den Fahrgästen die Bezahlung höherer Fahrpreise zu verlangen. Die SPÖ bekennt sich zu den großen positiven Leistungen in dieser Stadt - aber auch zur Notwendigkeit, die nötigen Mittel dafür zu sichern. Die Wiener haben dafür offenbar Verständnis, weil sie der SPÖ seit 54 Jahren auf diesem Weg folgen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ wurden die Änderungen der Tarife und der Beförderungsbestimmungen genehmigt.

Restliche Tagesordnung

Auf Antrag von Stadtrat Schweda (SPÖ) beschloß der Gemeinderat einstimmig eine Reduktion des Dienstgebers-Pensionsbeitrages ab 1. Jänner 1972, den die Stadtwerke der Stadt Wien zu entrichten haben: 20 Prozent der Aktivbezüge.

Danach wurde ebenfalls einstimmig ein Wechsel in der Betreuung der Wiener Heizbetriebe beschlossen: Sie erfolgt in Zukunft durch die Verwaltungsgruppe XIV (bisher Verwaltungsgruppe II). Stadtrat Schweda (SPÖ) erklärte als Berichterstatter, das Leitmotiv dieses Antrages liege in der wünschenswerten Koordination der Energieversorgung. Schweda gabe auch die - vor kurzem zugesagten - Detailinformationen über die Heizbetriebe: Der in Wien vielfach kritisierte Verdunstungszähler sei auch in "langjährigen Fernwärmeländern" wie Deutschland oder Dänemark das bisher exakteste Meßinstrument. Des weiteren liefen Verhandlungen zur Erschließung neuer Abnehmer, besonders mit der Verwaltung einiger großer Bundesgebäude und mehreren großen Industrieunternehmungen. Der Aufsichtsrat schließlich werde seine Zusammensetzung ändern, und zwar deutlich in Richtung auf verstärkte politische Kontrolle. Sechs Mitglieder des Gemeinderates würden in den Aufsichtsrat einziehen, Stadtrat Suttner werde den Vorsitz übernehmen.

In der Debatte reklamierte GR. Dr. Goller (ÖVP) die Idee für den vorliegenden Antrag für seine Partei. Der diesbezügliche Antrag stamme aus dem Jahr 1966. Seither habe es Fehlplanungen, Fehlentscheidungen, Beunruhigung bei den Abnehmern und schließlich den letzten Kontrollamtsbericht gegeben, der die Vermutungen und Befürchtungen der ÖVP bestätigt habe.

In seinem Schlußwort bezog sich Stadtrat Schweda ebenfalls auf den Kontrollamtsbericht und erklärte, natürlich sei das ein gefundenes Fressen für jeden gewesen, der der Verwaltung etwas am Zeuge flicken wollte. Er selbst habe aus diesem Bericht wertvolle Anregungen gewonnen, insbesondere für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Magistrat, der Gesellschaft und den Abnehmern der Fernwärme.

GR. Seeböck (SPÖ) beantragte den Kauf eines Grundstückes im Bereich Groß-Enzersdorf zur Errichtung eines Umspannwerkes.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Pöder (SPÖ) beantragte Nachtragskredite in der Höhe von rund 13,4 Millionen Schilling für Umbau- und Neubauprojekte der Gaswerke.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Ansatzserhöhungen im Rahmen des Sachkredites um insgesamt zehn Millionen Schilling für die Elektrizitätswerke beantragte GR. Zehetner (SPÖ).

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung erledigt.

Weihnachtswünsche des Bürgermeisters

Bürgermeister Slavik gab zum Schluß der Sitzung einen kurzen Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr: Es sei ein gutes und zugleich ein schweres Jahr gewesen. 1971 brachte eine gute Entwicklung in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht, durch die umfangreichen Arbeiten im Stadtgebiet aber auch Erschwernisse für die Wiener Bevölkerung.

Als besondere Leistungen hob der Bürgermeister die Gründung des Kuratoriums für Umweltschutz, die Einrichtung des Fonds für Gastarbeiterprobleme und den Versuch einer Fußgängerzone, die insgesamt ein positives Echo bei der Bevölkerung gefunden habe, hervor.

Der Bürgermeister verwies dann auf organisatorische Verbesserungen bei den Heizbetrieben und bei den Bauabteilungen: Die Organisationsformen müßten sich immer wieder den zeitbedingten Veränderungen anpassen.

Auch die Bewilligung der Dritten Wiener Wasserleitung, das Bundesstraßengesetz, die Neuordnung bei der Wohnbauförderung und die verschiedenen Großprojekte wie U-Bahn-Bau, absoluter Hochwasserschutz und Großkläranlage gehören zu den Fortschritten des ablaufenden Jahres. Aber auch die kleineren Projekte, die vor allem im Dienste der Bevölkerung stehen, wie der Bau von Wohnungen, Kindergärten, Schulen und Spitälern haben im ablaufenden Jahr eine erfreuliche Entwicklung genommen.

Der Bürgermeister dankte der Wiener Bevölkerung für ihre Mithilfe und für ihr Verständnis. Er brachte zum Ausdruck, daß er für jede Anregung und jede Kritik dankbar sei. Er habe jedoch weder Lust zu einsamen Entschlüssen, noch fühle er sich berechtigt dazu. Er nehme weder Aufträge von Massenmedien noch von demonstrierenden Gruppen entgegen. Einzig und allein der Wiener Gemeinderat habe zu bestimmen, was der Stadtsenat als Exekutivorgan durchzuführen habe.

Auch 1972 werden die Arbeiten an den Großprojekten ebenso wie an kleineren Vorhaben, die Wien zu einer immer humaneren Stadt gestalten sollen, weiter gehen. Wir leben derzeit in einer zweiten Gründerzeit, da wir die wirtschaftliche Kraft dazu haben, unterstrich das Stadtoberhaupt. Die Bevölkerung und die Massenmedien sollen immer gut und objektiv informiert werden.

Schließlich dankte der Bürgermeister allen Bediensteten der Verwaltung und der Städtischen Unternehmungen, aber auch den Mitgliedern des Gemeinderates und des Stadtsenates für ihre Mitarbeit.

Unter allgemeinem Beifall richtete dann der Bürgermeister als Sprecher der Bundeshauptstadt sowohl an die österreichische Bevölkerung als auch an alle Wienerinnen und Wiener Grüße und gute Wünsche für die Feiertage.

Der Bürgermeister schloß die Sitzung nach zehneinhalb Stunden Dauer um 19.28 Uhr.

Darauf überbrachten Landtagspräsident Dr. Stemmer sowie die Fraktionsführer Mühlhauser (ÖVP), Dr. Hirnschall (FPÖ) und Doktor Tuma (DFP) ihrerseits den Bürgermeister Glückwünsche zu Weihnachten und zum Neuen Jahr.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Kommende Woche Verhandlungen über die Fußgängerzone
=====

17.12. (RK) Am Dienstag kommenden Woche werden Bürgermeister Felix Slavik und Kammerpräsident Kommerzialrat Otto Mitterer im Wiener Rathaus gemeinsam mit ihren Fachleuten über die bisherigen Erfahrungen mit der provisorischen Fußgängerzone eine Besprechung abhalten. Bis dahin wird zumindest ein ziemlich klarer Überblick über das Ergebnis der meisten durchgeführten Untersuchungen und Befragungen vorliegen. Es ist daher voraussichtlich damit zu rechnen, daß Kammer und Stadtverwaltung am Dienstag die grundsätzliche Entscheidung treffen werden, ob die Fußgängerzone weiter bestehen soll.

Geehrte Redaktion!

Die Besprechung zwischen Bürgermeister Slavik und Präsident Mitterer findet Dienstag erst um 16.30 Uhr statt. Wir werden Sie nach Ende der Sitzung via Fernschreiber der "Rathaus-Korrespondenz" über das Ergebnis der Besprechung sofort informieren.

- - -

Überreichung von Medizinalratsdekreten
=====

Wien, 17.12. (RK) Vizebürgermeister Hans Bock überreichte Freitag an vier praktische und zwei Fachärzte die Dekrete des ihnen vom Bundespräsidenten verliehenen Berufstitels eines Medizinalrates. Es sind dies Dr. Leopold Kana, Dr. Franz Koci, Dr. Anna Macher, Dr. Elisabeth Neuhold, Dr. Manfred Ginter und Dr. Ludwig Zimmermann.

- - -

preisgünstige gemuese- und obstsorten

19 wien, 17.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisgünstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 schilling, weisskraut 3.50 schilling je kilogramm, hauptelsalat 3 bis 4 schilling je stueck.

obst: apfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 6.50 schilling, bananen 7 schilling, mandarinen 8 bis 10 schilling, orangen (griech) 6.50 bis 7 schilling, orangen (blond) schilling je kilogramm.